

Stand: 02.01.2026 08:35:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4315

"Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4315 vom 13.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5086 des OD vom 25.11.2014
3. Beschluss des Plenums 17/5270 vom 11.02.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 37 vom 11.02.2015



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten, welche Vorkehrungen sie im Rahmen des G7-Gipfels getroffen hat, um ihren hierbei abweichend von ihrer regulären Arbeitszeit hinaus eingesetzten und auch von Urlaubssperren betroffenen Beamten und Angestellten in dieser Zeit eine Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.

Insbesondere soll zu folgenden Fragen Stellung genommen werden:

1. Aufgrund welcher Annahmen wurde im Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 bei Kap. 03 03 Tit. 546 78 für das Jahr 2015 ein Betrag von 50.000 Euro eingestellt?
2. Ist dieser Betrag für den von der Staatsregierung verfolgten Zweck ausreichend?
3. Unter welchen Voraussetzungen kann von wem und bis zu welchem Höchstbetrag auf diesen Betrag zurückgegriffen werden?
4. Können auch mittelbar betroffene Beamte, die die direkt eingesetzten Beamten vertreten, auf diesen Betrag zurückgreifen?
5. Ist auch für andere Berufsgruppen außer der Polizei die Bereitstellung von Beträgen für Kinderbetreuung vorgesehen? Falls ja, für wen und in welcher Höhe, falls nein, warum nicht?
6. Gibt es diese Vergünstigung auch in anderen Fällen von Urlaubssperren?

Begründung:

Im Entwurf des DHH 2015/2016 hat die Staatsregierung für das Jahr 2015 bei Kap. 03 03 Tit. 546 78 einen Betrag von 50.000 Euro für die Finanzierung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten während der angeordneten Urlaubssperre bei der Bayerischen Polizei eingestellt. Dieser Betrag scheint angesichts des von Einschränkungen durch den Gipfel betroffenen Personenkreises, der zudem möglicherweise über die Polizei hinaus reicht, als sehr niedrig.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/4315

**Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubs-
sperren**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Günther Felbinger**
Mitberichterstatter: **Manfred Ländner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 25. November 2014 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Ingrid Heckner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/4315, 17/5086

Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubsperren

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten, welche Vorkehrungen sie im Rahmen des G7-Gipfels getroffen hat, um ihren hierbei abweichend von ihrer regulären Arbeitszeit hinaus eingesetzten und auch von Urlaubssperren betroffenen Beamten und Angestellten in dieser Zeit eine Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.

Insbesondere soll zu folgenden Fragen Stellung genommen werden:

1. Aufgrund welcher Annahmen wurde im Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 bei Kap. 03 03 Tit. 546 78 für das Jahr 2015 ein Betrag von 50.000 Euro eingestellt?
2. Ist dieser Betrag für den von der Staatsregierung verfolgten Zweck ausreichend?
3. Unter welchen Voraussetzungen kann von wem und bis zu welchem Höchstbetrag auf diesen Betrag zurückgegriffen werden?
4. Können auch mittelbar betroffene Beamte, die die direkt eingesetzten Beamten vertreten, auf diesen Betrag zurückgreifen?
5. Ist auch für andere Berufsgruppen außer der Polizei die Bereitstellung von Beträgen für Kinderbetreuung vorgesehen? Falls ja, für wen und in welcher Höhe, falls nein, warum nicht?
6. Gibt es diese Vergünstigung auch in anderen Fällen von Urlaubsperren?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 4)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 4)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 GeschO (Tagesordnungspunkt 10)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 31. Juli 2014
1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09, 1 BvR 3187/10 betreffend
Verfassungsbeschwerden
gegen
Art. 33 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie Art. 38 Abs. 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes (BayPAG) in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 3. Juli 2008 (Bay. GVBI S. 365)
gegen
§ 22a des Polizeigesetzes (PolG) des Landes Baden-Württemberg, eingeführt durch Gesetz vom 18. November 2008 (GBI. BW S. 390)
gegen
1. § 14a des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBI. I S. 635),
2. § 22 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung vom 14. Januar 2005 (GVBI. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Dezember 2009 (GVBI. I S. 635)
PII/G-1320.10-0008
Drs. 17/5155 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. November 2014 (Vf. 14-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 82 Abs. 1 bis 5 und des Art. 83 Abs. 1 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. August 2007 (GVBI S. 588, BayRS 2132-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 17. November 2014 (GVBI S. 478)
PII/G-1310.14-0012
Drs. 17/5156 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 15. Dezember 2014 (Vf. 16-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 „An der Münchner Straße“ der Gemeinde Gmund am Tegernsee vom 20. Mai 2014
P II/G1310.14-0014
Drs. 17/5157 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

CSU



SPD



FREIE WÄHLER



GRÜ



4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Dezember 2014 (Vf. 17-VII-14) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 30 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBI S. 230, BayRS 2030-1-2-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 60 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI S. 286), soweit diese Vorschrift auf Art. 27 Abs. 1 Satz Nr. 2 BayHSchPG verweist
P II/G1310.14-0015
Drs. 17/5159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ökolandbau an bayerischen Justizvollzugsanstalten
Drs. 17/3205, 17/5091 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Ermittlungsverfahren gegen LKA-Beamte und BR-Reporter Drs. 17/3208, 17/5092 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Konkretisierung der Planungen für einen Wissenschafts- und Hochschulstandort „Auf AEG“ Drs. 17/3592, 17/4984 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Landesweite Abfrage des Vorhandenseins von Seniorenvertretungen Drs. 17/3824, 17/5087 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Berglandschaft – Schutz durch Nutzung: Investitionsförderung mit
Berücksichtigung naturräumlicher Benachteiligungen
Drs. 17/3978, 17/5132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,
Judith Gerlach u.a. CSU
Konkretisierung der zuschussfähigen Kosten für Kinderhospize
Drs. 17/4201, 17/5093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sanierung der Philharmonie oder eigener Konzertsaal?
Drs. 17/4203, 17/4985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kinderbetreuungskosten während des G7-Gipfels bei Urlaubssperren
Drs. 17/4315, 17/5086 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ablagerung von Bauschutt im Bergwald bei Schliersee
Drs. 17/4318, 17/5127 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl,
Harald Güller u.a. SPD
Verhandlungen über Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit Beteiligung
der Parlamente der Länder
Drs. 17/4320, 17/4994 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Hofabgabeklausel reformieren-Benachteiligungen für Landwirtinnen und
Landwirte endlich beseitigen
Drs. 17/4350, 17/5131 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

16. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Reisprodukte sicherer machen
Drs. 17/4398, 17/5129 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath,
Joachim Unterländer u.a. CSU
Probleme in der Pflege beheben – Best-Practice-Beispiele für die
Entbürokratisierung der Pflegedokumentation darstellen
Drs. 17/4399, 17/5094 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer, Robert Brannekämper u.a. CSU
Barrierefreiheit für Menschen mit Hörbehinderung –
Ausstattung von Veranstaltungsräumen mit Induktionsanlagen
Drs. 17/4432, 17/4986 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnernkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Gebietsbetreuung fortführen
Drs. 17/4443, 17/5130 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)
Verbesserung der Studienerfolgsquote
Drs. 17/4478, 17/4987 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 1Z 1E

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.